

Erosion des Vertrauens

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 270 vom 20. November 2019

INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 270 vom 20. November 2019, S.10, unter dem Titel:

"Erosion des Vertrauens. Das Zutrauen in die Leistung der Regierung und die politische Stabilität des Staates ist erdrutschartig verfallen."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Die Regierungskoalition wird von den meisten als zerstritten wahrgenommen
	A	2	Führungsschwäche wird auch von den Anhängern der Regierungsparteien bemängelt
	A	3	Schwäche der Regierung
	A	4	Schwacher Staat
	A	5	Wenig Hoffnung auf Besserung nach Neuwahlen
	A	6	Nur eine Minderheit plädiert für vorgezogene Neuwahlen
	A	7	Auch politisch Interessierte gehen vom Fortbestand der Groko aus
	A	8	Eine schwarz-grüne Regierung wäre nicht wirklich populär
	A	9	Sympathien für Bündnispartner bleiben im gewohnten Muster
	A	10	Zukunftskompetenz der Parteien
	A	11	Weite Potentiale der Parteien
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Erosion des Vertrauens
		2	Schwache Regierung?
		3	Starker Staat?
		4	Wenig Hoffnung auf Besserung
		5	Machtwillen und Geschlossenheit

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Erosion des Vertrauens

Ein Regierungsbündnis, das von Mitgliedern dieses Bündnisses selbst immer wieder neu in Frage gestellt wird, verliert das Vertrauen der Bürger und beschädigt den Rückhalt für das politische System. Die Erosion des Vertrauens geht damit weit über die Koalitionsparteien hinaus. In der Mitte der vergangenen Legislaturperiode, die von derselben großen Koalition gestaltet wurde, zählte immerhin die Hälfte der Bevölkerung die Qualität der Regierungsleistung zu den besonderen Stärken Deutschlands. Die politische Stabilität sahen zu diesem Zeitpunkt sogar 81 Prozent als eine besondere Stärke des Landes, das gesamte politische System 62 Prozent. In der laufenden Legislaturperiode ist jedoch das Zutrauen in die Regierungsleistung und auch die politische Stabilität geradezu erdrutschartig verfallen. Der Anteil der Bürger, die in der Qualität der Regierung eine Stärke des Landes sehen, hat sich fast halbiert von 49 auf 26 Prozent. Parallel ist das Vertrauen in die politische Stabilität von 81 auf 57 Prozent abgesackt. Und allmählich greifen diese Entwicklungen auch das Vertrauen in das gesamte System an: Die Überzeugung, dass das politische System eine besondere Stärke des Landes ausmacht, ist

Schaubild 1

von 62 auf 51 Prozent zurückgegangen.

Die positive Bilanz, die sich die Koalitionspartner selbst zur Halbzeit ausgestellt haben und die durch eine Analyse der Bertelsmann-Stiftung auch Unterstützung erfahren hat, wird von den Auseinandersetzungen in der Koalition und den sie tragenden Parteien völlig überlagert. Das Regierungsbündnis gilt als zerstritten; genauso werden die das Bündnis tragenden Parteien als uneins wahrgenommen. Das gilt besonders ausgeprägt für die SPD, in hohem Maße aber auch für die CDU. Bei beiden diagnostizieren die Bürger ein beunruhigendes Machtvakuum. Zwei Drittel der Bevölkerung sind über die Entwicklung von Politik und Parteien besorgt und haben den Eindruck von Führungslosigkeit und Planlosigkeit. Auch die Anhänger der Regierungsparteien stimmen dieser Diagnose mehrheitlich zu. Zwar werden die Oppositionsparteien überwiegend als geschlossen wahrgenommen. Dies mindert die Besorgnis der Bürger jedoch kaum; bei Regierungsparteien und insbesondere der führenden Volkspartei achten die Bürger weitaus mehr auf Geschlossenheit und Führungsstärke. Die Bürger wünschen eine kraftvolle Regierung und in einem Regierungsbündnis konstruktive Zusammenarbeit.

Tabelle A 1

Tabelle A 2

Aktuell ist ihr Eindruck ein völlig anderer. Die Bevölkerung nimmt die Regierungskoalition nicht nur als uneinig, sondern auch als wenig handlungsfähig wahr. Nur 19 Prozent empfinden die Regierung als stark, 58 Prozent als

Schaubild 2

schwach. Selbst unter den Anhängern der CDU/CSU überwiegt der Eindruck, dass die Regierung nicht ausreichend handlungsfähig ist; von den Anhängern der SPD teilen 55 Prozent diese Einschätzung. In Ostdeutschland wird diese Kritik noch wesentlich häufiger geäußert als in Westdeutschland: 54 Prozent der Westdeutschen, aber 73 Prozent der Ostdeutschen halten die Regierung für zu schwach.

Tabelle A 3

Schaubild 2

Sukzessive unterminiert die Unzufriedenheit mit der Regierung auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt. Noch vor einem guten Jahr vertraute die Mehrheit der Bürger auf die Handlungsfähigkeit des Staates und differenzierte damit deutlich zwischen der Regierung, die auch schon vor einem Jahr als wenig handlungsfähig empfunden wurde, und dem Staat. Mittlerweile haben noch 45 Prozent den Eindruck, dass die Handlungsfähigkeit des Staates nach wie vor gegeben ist, während ebenso viele nun auch den deutschen Staat als schwach bewerten. Auch hier fällt das Urteil in Ostdeutschland noch wesentlich kritischer aus als in Westdeutschland.

Tabelle A 4

Schaubild 3

Im Allgemeinen sind in einer solchen Situation Neuwahlen für die Bürger ein Ausweg und die Chance, eine neue handlungsfähige Regierung zu etablieren. Diese Hoffnung ist jedoch zurzeit in der Bevölkerung bemerkenswert gering – und dies erklärt, warum auch das Vertrauen in das politische System angegriffen

wird. Nur knapp ein Fünftel der Bürger verbindet mit Neuwahlen gute Chancen, dass sie zu einer starken, handlungsfähigen Regierung führen würden. 64 Prozent halten diese Chance für gering; die Anhänger der verschiedenen Parteien unterscheiden sich in dieser Einschätzung bemerkenswerterweise kaum. Vor diesem Hintergrund kann kaum überraschen, dass nur eine Minderheit für vorgezogene Neuwahlen plädiert. 31 Prozent sprechen sich für Neuwahlen aus, 45 Prozent dagegen – trotz aller Kritik an der derzeitigen Koalition. Von den Wählern der Unionsparteien unterstützen annähernd drei Viertel die Fortsetzung der großen Koalition, von den Wählern der SPD 59 Prozent. Interessanterweise wünscht auch von den Wählern der Oppositionsparteien nur eine Minderheit ein rasches Ende der großen Koalition, mit Ausnahme der AfD: Von ihren Anhängern sprechen sich 75 Prozent für vorgezogene Neuwahlen aus, von den Wählern der Grünen und der Linken dagegen nur jeder Dritte.

Schaubild 4

Tabelle A 5

Tabelle A 6

Die Bevölkerung rechnet auch nicht mit einem vorzeitigen Ende der Groko. Völlig stabil gehen nur 24 Prozent davon aus, dass es zu einem Bruch der Koalition kommen wird. Allerdings ist die Bevölkerung mittlerweile weniger sicher, als sie es noch im Spätsommer war, dass dieser Fall definitiv nicht eintreten wird: Anfang September waren 52 Prozent überzeugt, dass die Koalition bis 2021 weitergeführt wird, jetzt 48 Prozent. Die politisch in-

Tabelle A 7

teressierten Bevölkerungskreise gehen jedoch nach wie vor mehrheitlich vom Fortbestand der Koalition aus und unterstützen dies auch, wenn auch oft mit Bauchgrimmen. Tabelle A 6

Die geringe Attraktivität von Neuwahlen hängt auch damit zusammen, dass die zurzeit wahrscheinlichste Koalitionskonstellation auf die große Mehrheit der Wähler nur wenig Anziehungskraft ausübt. Neuwahlen würden nicht nur das Ende der großen Koalition bedeuten, sondern nach dem jetzigen Stand auch weder eine schwarz-gelbe noch eine rot-grüne Koalitionsoption eröffnen. Aktuell gibt es nur eine Mehrheit für Schwarz-Grün. Die Begeisterung der Bürger hält sich jedoch angesichts dieser Perspektive in engen Grenzen; sie ist nicht populärer als eine Erneuerung der großen Koalition. Von der Aufbruchstimmung, die in Teilen der Bevölkerung 1998 das "rot-grüne Projekt" begleitete, ist angesichts der schwarz-grünen Option nur wenig zu spüren. Tabelle B1
Tabelle A 8

Das gilt über alle Parteigrenzen hinweg und auch für die Anhänger von CDU/CSU und insbesondere den Grünen. Ihre Sympathien gelten jenseits der eigenen Partei vor allem den gewohnten Bündnispartnern. So benennen zwei Drittel der Anhänger der Unionsparteien SPD oder FDP als die Partei, die ihnen neben der eigenen Partei am nächsten steht. Umgekehrt ist für annähernd zwei Drittel der Grünen die SPD oder die Linke die Partei, der sie sich neben ihrer favorisierten Partei am meisten verbunden fühlen. Bemerkenswerterweise liegen beide gleich auf: Ein Drittel der Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen setzt die SPD Tabelle A 9

auf den zweiten Rang ihrer Parteisympathien, ebenso viele die Linke. Nur 18 Prozent der Grünen setzen dagegen die CDU/CSU auf den zweiten Rang ihrer Parteisympathien, umgekehrt 24 Prozent der Anhänger der CDU/CSU die Grünen. Angesichts dieser Parteipräferenzen kann nicht überraschen, dass der Mehrheit der Anhänger der Grünen ein Linksbündnis mit SPD und Linker attraktiver erscheint als eine Koalition mit der CDU/CSU. Das hätte auch Konsequenzen für ein mögliches schwarz-grünes Bündnis; die Unionsparteien wären erneut mit einem Koalitionspartner konfrontiert, der Teile seiner Basis mit diesem Bündnis "versöhnen" müsste. Trotzdem muss die CDU/CSU auf diese Konstellation hoffen, wenn sie weiter Regierungsverantwortung tragen will. Eine Fortführung der großen Koalition nach einer neuen Bundestagswahl ist zurzeit genauso wenig vorstellbar wie eine Neuaufgabe der Koalition mit der FDP. Die hat durch den bewussten Verzicht auf ihre Machtopion am Beginn dieser Legislaturperiode gravierend an Rückhalt verloren und anders als die Grünen auch nicht von der Schwäche der Regierungsparteien profitiert – im Gegenteil. Sie liegt zurzeit mit 7,5 Prozent weit unter ihrem Ergebnis bei der letzten Bundestagswahl, während die Grünen Chancen hätten, ihr damals erzielttes Ergebnis mehr als zu verdoppeln.

Tabelle B1

Aktuell könnte nur eine Konstellation, in der weder Schwarz-Grün noch ein Linksbündnis eine Mehrheit hätten, der FDP wieder eine

Machtoption eröffnen. Sie kämpft jedoch seit ihrem Ausstieg aus den Jamaika-Verhandlungen mit Zweifeln an ihrer Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Während die Mehrheit der Bevölkerung überzeugt ist, dass die Grünen gerne regieren möchten, glauben das in Bezug auf die FDP gerade einmal 32 Prozent. Die Liberalen gelten zwar als geschlossen; der Wunsch, in der Regierung die Zukunft des Landes mitzugestalten, wird ihnen jedoch von der großen Mehrheit nicht zugeschrieben, anders als den Grünen.

Schaubild 5

Der FDP werden auch kaum Zukunftskompetenz, überzeugende Konzepte für die Gestaltung der Zukunft des Landes zugeschrieben. Zwar sieht knapp die Hälfte der Bevölkerung auf diesem Feld zurzeit Defizite bei allen Parteien; noch am ehesten wird den Unionsparteien und den Grünen zugetraut, dass sie überzeugende Konzepte entwickeln. Das Vertrauen in die Zukunftskompetenz der Unionsparteien ist jedoch heute weitaus geringer als in der letzten Legislaturperiode, als noch gut 30 Prozent der Bürger überzeugt waren, dass sie die besten Konzepte für die Gestaltung der Zukunft haben. Jetzt glauben das noch 17 Prozent; genauso viele trauen den Grünen die besten Ideen und Konzepte für die Gestaltung der Zukunft zu, gegenüber der letzten Legislaturperiode fast eine Verdopplung.

Tabelle A 10

Gleichauf liegen CDU/CSU und Grüne zurzeit auch bei den weiten Potentialen – dem Anteil der wahlberechtigten Bevölkerung, für den die

Wahl dieser Parteien grundsätzlich in Frage kommt. Jeweils 34 Prozent der Wahlberechtigten sind offen für eine Unterstützung der Unionsparteien und der Grünen. Die SPD hat zurzeit ein weites Potential von 22 Prozent, FDP, Linke und AfD von jeweils 15 Prozent. Nur die AfD schöpft zurzeit ihre weiten Potentiale weitgehend aus; wer für die Wahl dieser Partei offen ist, wählt sie in der Regel auch. Allen anderen Parteien gelingt es bei Wahlen weniger, ihre weiten Potentiale auszuschöpfen. Sowohl die weiten Potentiale wie die konkreten Wahlabsichten für die nächste Bundestagswahl signalisieren jedoch, dass die Konstellation nach der nächsten Bundestagswahl keineswegs so sicher ist, wie viele glauben. Schwarz-Grün liegt zurzeit zwar vorne, aber schon eine Verschiebung um wenige Prozentpunkte würde genügen, um den Grünen andere Optionen zu eröffnen.

Tabelle A 11

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1298
Befragungszeitraum:	2.11. - 13.11.2019
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Die Regierungskoalition wird von den meisten
als zerstritten wahrgenommen

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass die Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD im Großen und Ganzen einig oder zerstritten ist?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Einig	12
Zerstritten	61
Unmöglich zu sagen	27
	<hr/>
	100

FRAGE: "Und welche Partei bzw. welche Parteien sind derzeit besonders zerstritten? Wo kommt es derzeit besonders häufig zu innerparteilichen Konflikten?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
SPD	64
CDU/CSU	53
AfD	26
Die Linke	9
FDP	4
Die Grünen	4
Andere Partei	1
Keine Partei	2

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11092, 12011

Führungsschwäche wird auch von den Anhängern der Regierungsparteien bemängelt

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Neulich sagte jemand: 'Es ist beunruhigend, wie sich die Parteien und die Politik in Deutschland entwickeln. Man hat das Gefühl, die Parteien sind führungslos und keiner weiß, wohin sich das Land entwickeln soll.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"

	Bev. insg. %	Anhänger von -					
		CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	Die Linke %	AfD %
Sehe das auch so	65	59	58	70	59	74	88
Sehe das nicht so	17	25	19	16	15	9	5
Unentschieden	18	16	23	14	26	17	7
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12011, November 2019

Schwäche der Regierung

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Ist unsere Regierung stark genug, oder machen Sie sich Sorgen, dass sie zu schwach ist?"

	Bev. insg. %	Anhänger von -					
		CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	Die Linke %	AfD %
Stark genug	19	31	24	10	17	6	3
Zu schwach	58	46	55	65	55	76	83
Unentschieden	23	23	21	25	28	18	14
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12011, November 2019

Schwacher Staat

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es gibt ja unterschiedliche Meinungen darüber, ob wir in Deutschland einen starken, handlungsfähigen Staat haben oder eher einen schwachen Staat. Wie empfinden Sie das? Würden Sie sagen, unser Staat ist ..."

	Bevölkerung insgesamt	
	2018	2019
	%	%
"sehr stark"/"eher stark"	53	45
"eher schwach"/"sehr schwach"	33	44
Unentschieden, weiß nicht	14	11
	<hr/>	<hr/>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11088, 12011

Wenig Hoffnung auf Besserung nach
Neuwahlen

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Einmal angenommen, es käme zu Neuwahlen: Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass Deutschland danach eine starke, handlungsfähige Regierung hat? Sehen Sie dafür ..."

	Bev. insg. %	Anhänger von -					
		CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	Die Linke %	AfD %
"sehr große Chancen"/ "große Chancen".....	19	24	25	22	19	10	12
"kleine Chancen"/ "sehr kleine Chancen".....	64	60	55	69	62	77	73
Unentschieden	17	16	20	9	19	13	15
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12011, November 2019

Nur eine Minderheit plädiert für vorgezogene
Neuwahlen

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: " Was wäre aus Ihrer Sicht besser: Wenn die Große Koalition bis zum Ende der regulären Amtsperiode weiterregiert, oder wenn es zu vorgezogenen Neuwahlen kommt?"

	Bev. insg. %	Politisch Interessierte %	Wähler von -					
			CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	Die Linke %	AfD %
Weiterregiert	45	51	73	59	62	44	36	14
Vorgezogene Neuwahlen	31	37	13	20	24	35	33	75
Unentschieden	24	12	14	21	14	21	31	11
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12011, November 2019

Auch politische Interessierte gehen vom Fortbestand der Groko aus

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es wird ja darüber spekuliert, ob die Große Koalition zur nächsten regulären Bundestagswahl in zwei Jahren weiterregiert oder ob es davor zu einem Bruch der Großen Koalition kommt. Was glauben Sie: Wird die Große Koalition noch zwei Jahre bis zum Ende ihrer Amtszeit weiterregieren, oder wird sie vorzeitig beendet?"

	Bevölkerung insgesamt		Politisch Interessierte
	Sept. 2019 %	Nov. 2019 %	
Noch zwei Jahre weiterregieren	52	48	52
Vorzeitig beendet	24	24	27
Unentschieden	24	28	21
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12008, 12011

Eine schwarz-grüne Regierung wäre nicht
wirklich populär

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Einmal angenommen, nach der nächsten Bundestagswahl gäbe es nur drei Möglichkeiten, eine Regierung zu bilden, nämlich entweder eine Koalition aus SPD, den Grünen und der Linken oder eine schwarz-grüne Koalition, oder eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD. Welche der drei Möglichkeiten würden Sie dann bevorzugen?"

	Bevölkerung ingesamt
	%
SPD, Grüne, Linke	27
Große Koalition	21
Schwarz-Grün	19
Unentschieden	33
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11099

Sympathien für Bündnispartner bleiben im
gewohnten Muster

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Wahlberechtigte

FRAGE: "Auf diesen Karten stehen die Namen von verschiedenen Parteien, die politische Bedeutung haben. Sicher sind einem diese Parteien nicht alle gleich sympathisch. Könnten Sie bitte diese sechs Karten einmal da nach untereinander legen, wie sympathisch Ihnen diese Parteien sind. Es geht so: Obenhin legen Sie die Partei die Ihnen am sympathischsten ist, darunter die, die Sie an die zweite Stelle setzen würden, und so weiter, und als letzte die Partei, die Ihnen am wenigsten sympathisch ist." (Kartenspielvorlage)

	Wahl- berech- tigte insg. %	Anhänger von -					
		CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	Die Linke %	AfD %
<i>An erste oder zweite Stelle gelegt:</i>							
CDU/CSU	47	100	26	44	18	10	30
SPD	37	44	100	17	32	29	8
FDP	25	32	13	100	16	7	26
Grüne.....	42	24	43	20	100	45	5
Die Linke.....	22	2	15	8	32	100	26
AfD.....	17	9	3	11	1	9	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12011, November 2019

Zukunftskompetenz der Parteien

Tabelle A 10
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie an die Zukunft Deutschlands denken: Was meinen Sie, welche Partei hat da die besten Ideen, welche würden Sie da nennen?"

	Bevölkerung insgesamt	
	2014	2019
	%	%
CDU/CSU.....	31	17
Bündnis 90/Die Grünen.....	9	17
AfD	6	9
SPD.....	17	8
Die Linke	7	5
FDP	1	3
Andere Parteien	2	3
Keine Partei.....	13	22
Unentschieden, weiß nicht	20	22

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11026, 12011

FRAGE: "Welche Parteien oder welche Partei kämen für Sie bei Wahlen generell in Frage, welche könnten Sie sich vorstellen zu wählen? Einmal unabhängig davon, ob es sich dabei um eine Bundestagswahl, eine Landtagswahl oder eine Kommunalwahl handelt. "

	Wahlberechtigte insgesamt
	%
CDU/CSU	34
Die Grünen	34
SPD	22
FDP	15
Die Linke.....	15
AfD.....	15
Andere Partei.....	3
Keine Partei	7
Unentschieden, weiß nicht	12

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12011, November 2019

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl							
27.9.2009	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
Bundestagswahl							
22.9.2013	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	4,5
Bundestagswahl							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: 5. - 17. Januar	31,5	8,5	16,5	18,0	8,5	13,0	4,0
1. - 13. Februar	30,0	8,0	18,0	18,5	8,0	13,5	4,0
7. - 21. März	30,0	8,5	18,0	19,0	8,5	12,0	4,0
1. - 12. April	30,0	9,0	18,5	18,0	8,0	12,5	4,0
3. - 16. Mai	30,0	9,0	17,5	17,0	8,5	13,0	5,0
1. - 12. Juni	29,0	8,0	12,0	25,0	8,0	12,0	6,0
1. - 11. Juli	29,5	7,0	14,5	23,0	8,5	11,5	6,0
2. - 15. August	29,5	7,0	13,5	24,0	8,0	12,5	5,5
1. - 12. September	29,0	7,0	15,0	22,0	8,0	14,0	5,0
27. Sept.-10. Okt.	29,5	6,5	16,0	23,5	7,0	13,0	4,5
2. - 13. November	29,5	7,5	14,0	21,5	8,0	14,5	5,0

Befragt wurden insgesamt 1.298 Personen

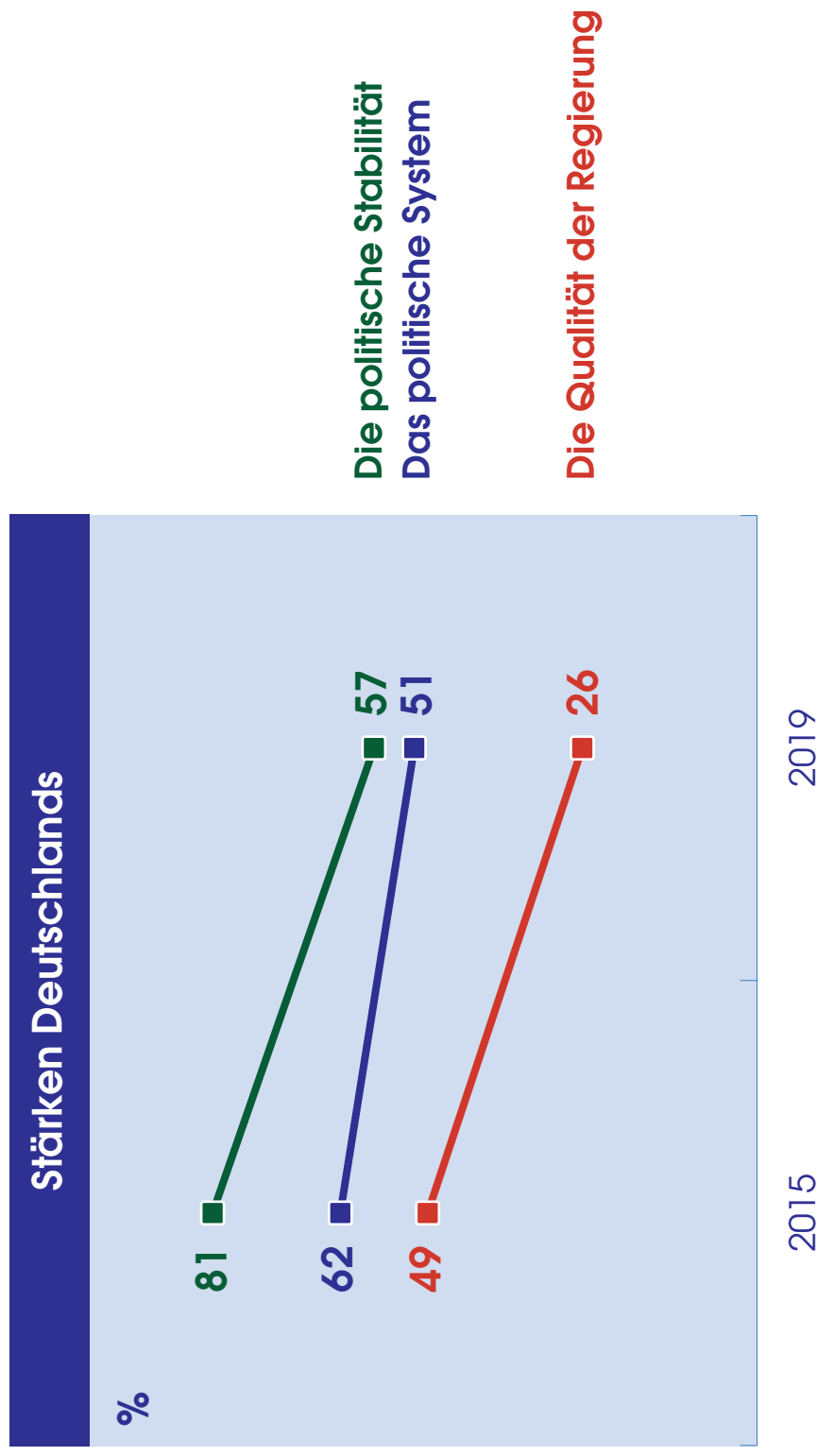
QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, IfD-Umfrage 12011

Schaubilder

Erosion des Vertrauens

Frage: "Jedes Land hat ja seine Stärken und Schwächen. Wenn Sie bitte einmal diese Karten hier durchsehen: Was davon ist Ihrer Meinung nach in Deutschland gut, was ist also eher eine Stärke Deutschlands, und was ist in Deutschland Ihrer Meinung nach nicht so gut?"

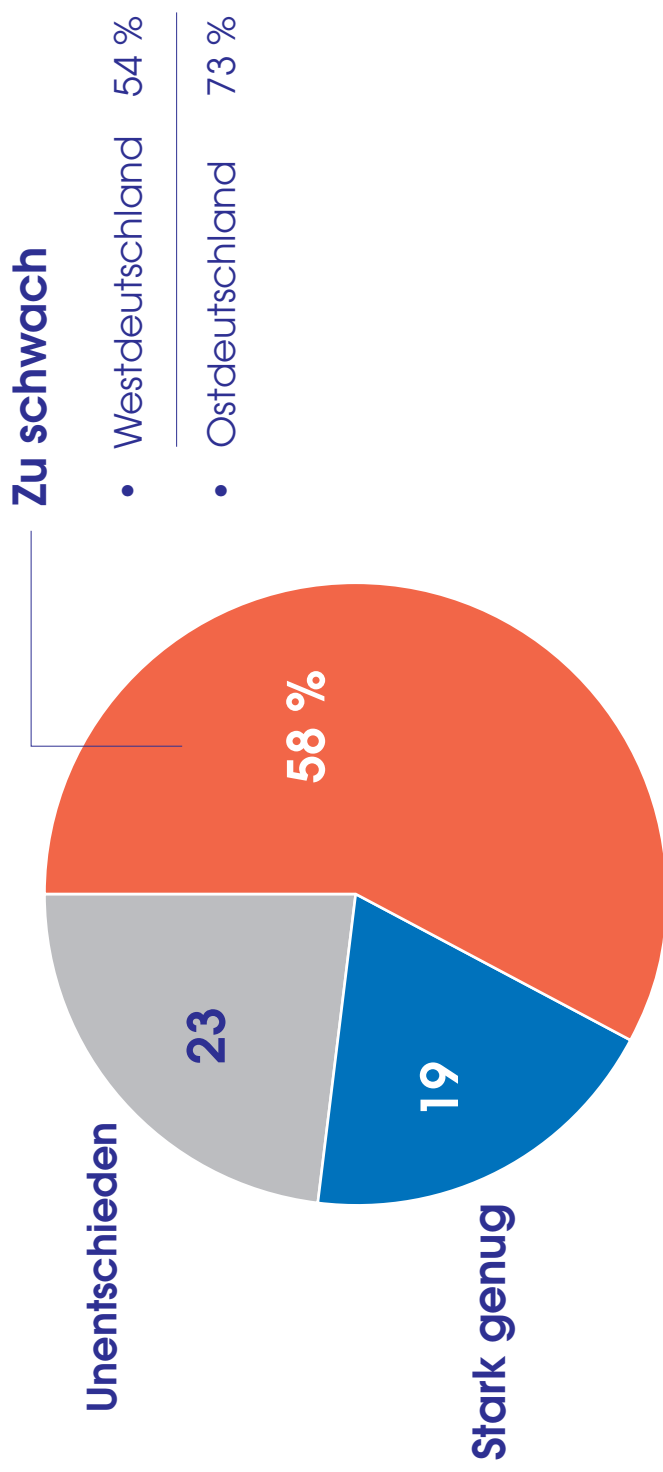
- Auszug -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7226, 12011

Schwache Regierung?

Frage: "Ist unsere Regierung stark genug, oder machen Sie sich Sorgen, dass sie zu schwach ist?"

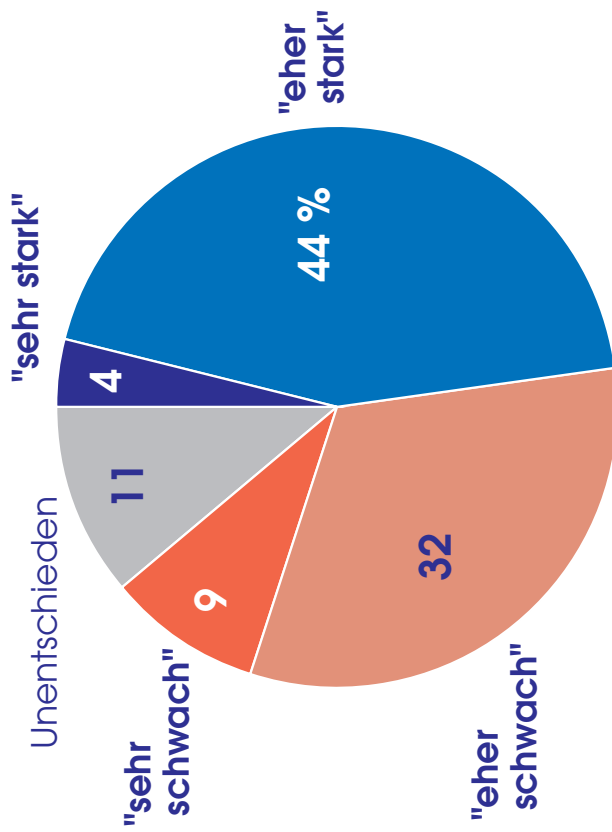


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12011

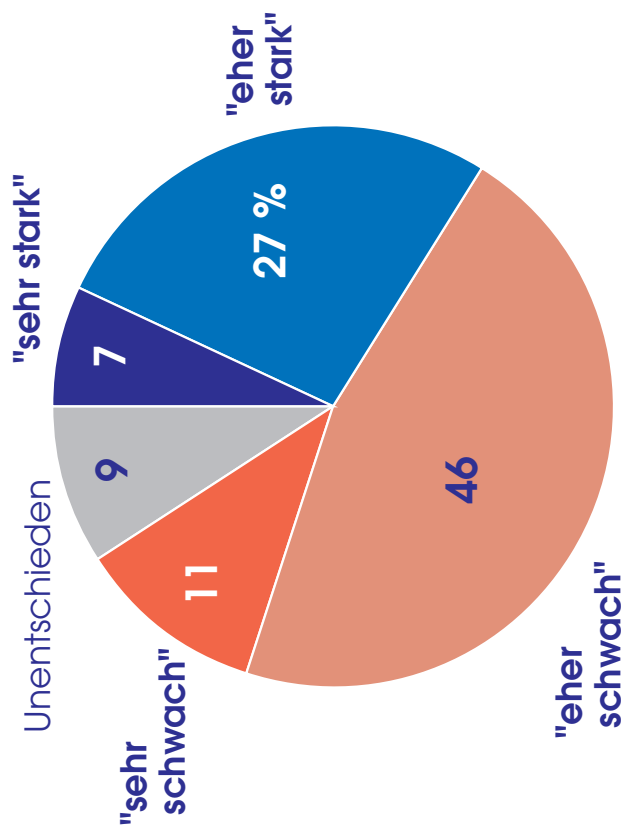
Starker Staat?

Frage: "Es gibt ja unterschiedliche Meinungen darüber, ob wir in Deutschland einen starken, handlungsfähigen Staat haben oder eher einen schwachen Staat. Wie empfinden Sie das? Würden Sie sagen, unser Staat ist ..."

Westdeutschland

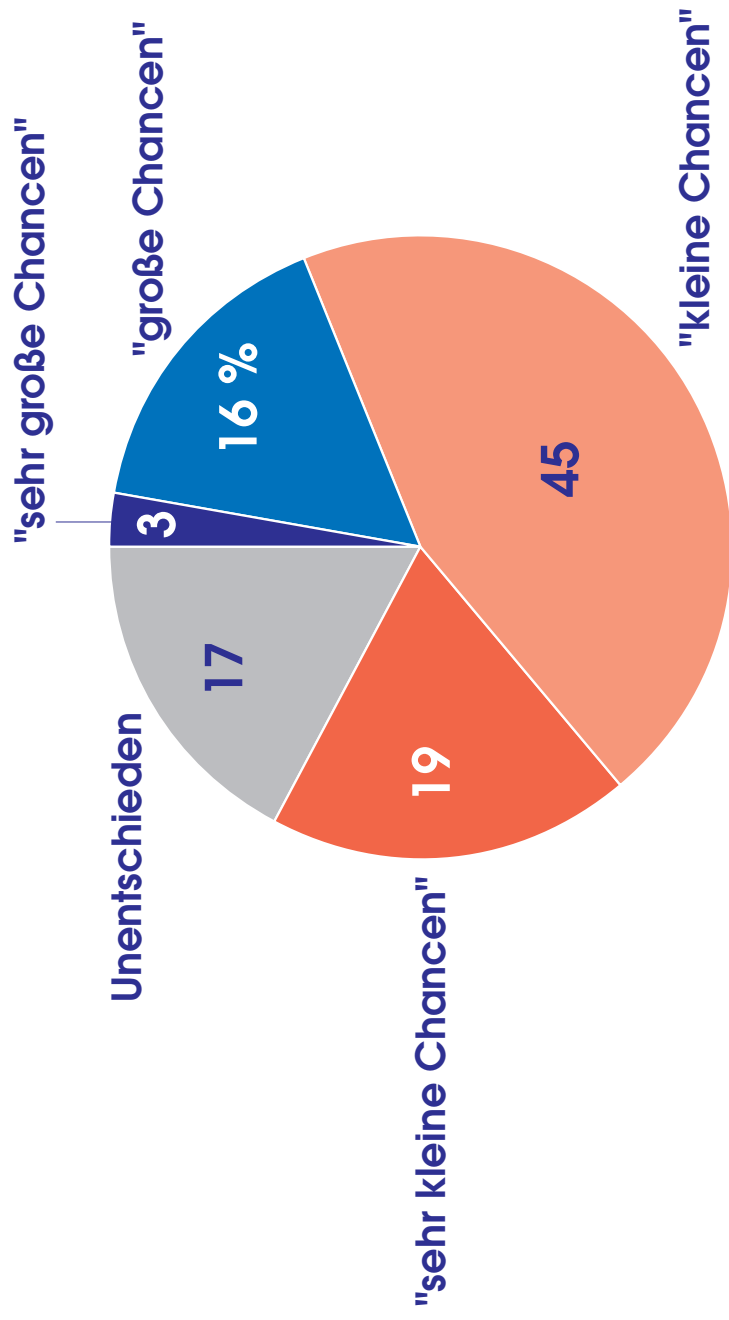


Ostdeutschland



Wenig Hoffnung auf Besserung

Frage: "Einmal angenommen, es käme zu Neuwahlen: Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass Deutschland danach eine starke, handlungsfähige Regierung hat? Sehen Sie dafür ...?"



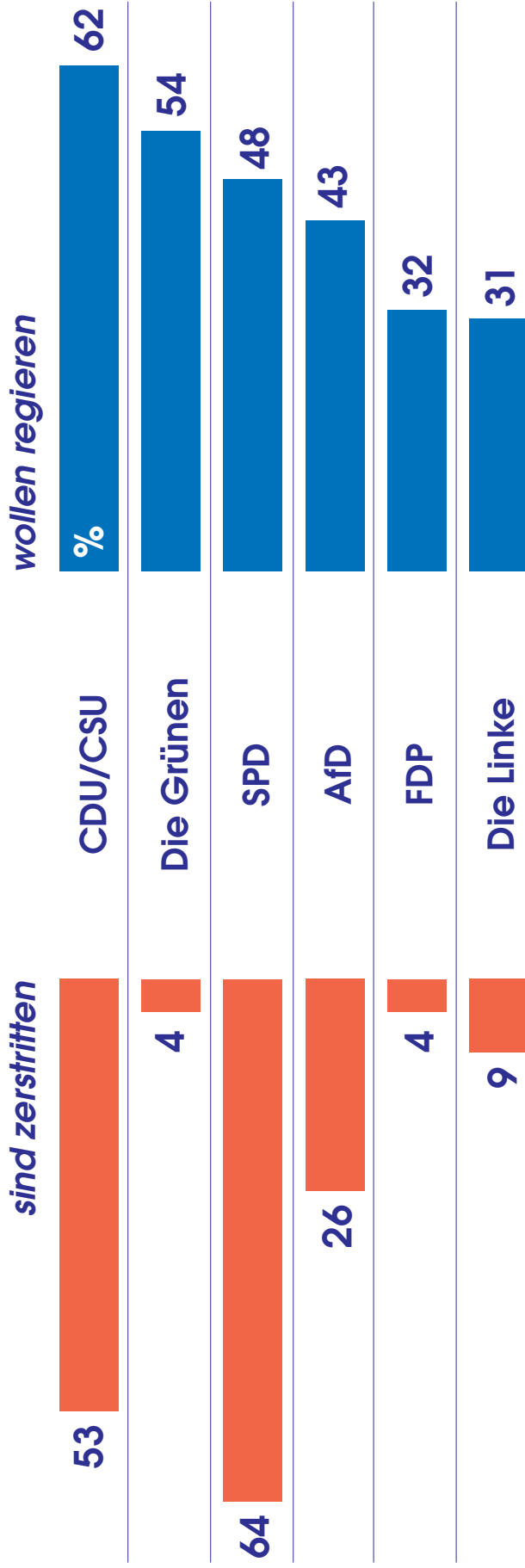
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12011

Machtwillen und Geschlossenheit

Fragen: "Einmal unabhängig davon, welche Parteien gerade die Regierung stellen, wie ist ganz generell Ihr Eindruck: Welche Parteien in Deutschland möchten gerne regieren, welche würden nach der nächsten Wahl gerne Regierungsverantwortung übernehmen?"

"Und welche Partei bzw. welche Parteien sind derzeit besonders zerstritten? Wo kommt es derzeit besonders häufig zu innerparteilichen Konflikten?"

Diese Parteien -



Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 270
vom 20. November 2019, S.10, unter dem Titel:

"Erosion des Vertrauens. Das Zutrauen in die
Leistung der Regierung und die politische Stabilität
des Staates sind erdrutschartig verfallen."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Erosion des Vertrauens

Ein Regierungsbündnis, das von Mitgliedern dieses Bündnisses selbst immer wieder neu in Frage gestellt wird, verliert das Vertrauen der Bürger und beschädigt den Rückhalt für das politische System. Die Erosion des Vertrauens geht damit weit über die Koalitionsparteien hinaus. In der Mitte der vergangenen Legislaturperiode, die von derselben großen Koalition gestaltet wurde, zählte immerhin die Hälfte der Bevölkerung die Qualität der Regierungsleistung zu den besonderen Stärken Deutschlands. Die politische Stabilität sahen zu diesem Zeitpunkt sogar 81 Prozent als eine besondere Stärke des Landes, das gesamte politische System 62 Prozent. In der laufenden Legislaturperiode ist jedoch das Vertrauen in die Regierungsleistung und auch die politische Stabilität geradezu erdrutschartig verfallen. Der Anteil der Bürger, die in der Qualität der Regierung eine Stärke des Landes sehen, hat sich fast halbiert von 49 auf 26 Prozent. Parallel ist das Vertrauen in die Stabilität von 81 auf 57 Prozent abgesackt. Und allmählich greifen diese Entwicklungen auch das Vertrauen in das gesamte System an: Die Überzeugung, dass das politische System eine besondere Stärke des Landes ausmacht, ist von 62 auf 51 Prozent zurückgegangen.

Die positive Bilanz, die sich die Koalitionspartner selbst zur Halbzeit ausgestellt haben und die durch eine Analyse der Bertelsmann-Stiftung auch Unterstützung erfahren hat, wird von den Auseinandersetzungen in der Koalition und die sie tragenden Parteien völlig überlagert. Das Regierungsbündnis gilt als zerstritten; genauso werden die das Bündnis tragenden Parteien als uneins wahrgenommen. Das gilt besonders für die SPD, in hohem Maße aber auch für die CDU. Bei beiden diagnostizieren die Bürger ein beunruhigendes Machtvakuum. Zwei Drittel der Bevölkerung sind über die Entwicklung von Politik und Parteien besorgt. Sie haben den Eindruck von Führungslosigkeit und Planlosigkeit. Auch die Anhänger der Regierungsparteien stimmen dieser Diagnose mehrheitlich zu. Zwar werden die Oppositionsparteien überwiegend als geschlossen wahrgenommen. Dies mindert die Besorgnis der Bürger jedoch kaum; bei Regierungsparteien und insbesondere der führenden Volkspartei achten die Bürger weitaus mehr auf Geschlossenheit und Führungsstärke. Die Bürger wünschen eine kraftvolle Regierung und in einem Regierungsbündnis konstruktive Zusammenarbeit.

Aktuell ist ihr Eindruck ein völlig anderer. Die Bevölkerung nimmt die Koalition nicht nur als uneinig, sondern auch als wenig handlungsfähig wahr. Nur 19 Prozent empfinden die Regierung als stark, 58 Prozent als schwach. Selbst unter den Anhängern der Union überwiegt der Eindruck, dass die Regierung nicht ausreichend handlungsfähig ist; von den Anhängern der SPD teilen 55 Prozent diese Einschätzung. In Ostdeutschland wird diese Kritik noch wesentlich häufiger geäußert als in Westdeutschland: 54 Prozent der Westdeutschen, aber 73 Prozent der Ostdeutschen halten die Regierung für zu schwach.

Allmählich unterminiert die Unzufriedenheit mit der Regierung auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt. Noch vor gut einem Jahr vertraute die Mehrheit der Bürger auf die Handlungsfähigkeit des Staates und unterschied damit deutlich zwischen der Regierung, die auch schon vor einem Jahr als wenig handlungsfähig empfunden wurde, und dem Staat. Mittlerweile haben noch 45 Prozent den Eindruck, dass die Handlungsfähigkeit des Staates nach wie vor gegeben ist, während ebenso viele nun auch den Staat als schwach bewerten. Auch hier fällt das Urteil in Ostdeutschland noch wesentlich kritischer aus als in Westdeutschland.

Im Allgemeinen sind in einer solchen Situation Neuwahlen für die Bürger ein Ausweg und die Chance, eine neue handlungsfähige Regierung zu etablieren. Diese Hoffnung ist jedoch zurzeit in der Bevölkerung bemerkenswert gering – und dies erklärt, warum auch das Vertrauen in das politische System angegriffen wird. Nur



Das Zutrauen in die Leistung der Regierung und die politische Stabilität des Staates ist erdrutschartig verfallen.

Von Prof. Dr. Renate Köcher
Institut für Demoskopie Allensbach

knapp ein Fünftel der Bürger verbindet mit Neuwahlen gute Chancen, dass sie zu einer starken, handlungsfähigen Regierung führen würden. 64 Prozent halten diese Chance für gering; die Anhänger der verschiedenen Parteien unterscheiden sich in dieser Einschätzung bemerkenswerterweise kaum. Vor diesem Hintergrund kann kaum überraschen, dass nur eine Minderheit für Neuwahlen plädiert. 31 Prozent sprechen sich für Neuwahlen aus, 45 Prozent dagegen – trotz aller Kritik an der Koalition. Von den Wählern der Unionsparteien unterstützen fast drei Viertel die Fortsetzung der großen Koalition, von den SPD-Wählern 59 Prozent. Interessanterweise wünscht auch von den Wählern der Oppositionsparteien nur eine Minderheit ein rasches Ende der Koalition, mit Ausnahme der AfD: Von ihren Anhängern sprechen sich 75 Prozent für Neuwahlen aus, von den Wählern der Grünen und der Linken dagegen nur jeder Dritte.

Die Bevölkerung rechnet auch nicht mit einem vorzeitigen Ende der großen Koalition. Völlig stabil rechnen nur 24 Prozent damit, dass es zu einem Bruch der Koalition kommen wird. Allerdings ist die Bevölkerung weniger sicher, als sie es noch im Spätsommer war, dass dieser Fall definitiv

nicht eintreten wird: Anfang September waren 52 Prozent überzeugt, dass die Koalition bis 2021 weitergeführt wird, jetzt 48 Prozent. Die politisch interessierten Bevölkerungskreise gehen jedoch nach wie vor mehrheitlich vom Fortbestand der Koalition aus und unterstützen dies auch, wenn auch oft mit Bauchgrimmen.

Die geringe Attraktivität von Neuwahlen hängt auch damit zusammen, dass die zurzeit wahrscheinlichste Koalitionskonstellation auf die große Mehrheit der Wähler nur wenig Anziehungskraft ausübt. Neuwahlen würden nicht nur das Ende der großen Koalition bedeuten, sondern nach dem jetzigen Stand auch weder eine schwarz-gelbe noch eine rot-grüne Koalitionsoption eröffnen. Aktuell gibt es nur eine Mehrheit für Schwarz-Grün. Die Begeisterung der Bürger hält sich jedoch angesichts dieser Perspektive in engen Grenzen; sie ist nicht populärer als eine Erneuerung der großen Koalition. Von der Aufbruchstimmung, die in Teilen der Bevölkerung 1998 das „rot-grüne Projekt“ begleitete, ist angesichts der schwarz-grünen Option nur wenig zu spüren.

Das gilt über alle Parteigruppen hinweg, auch für die Anhänger von CDU/CSU und insbesondere den Grünen. Ihre Sympa-

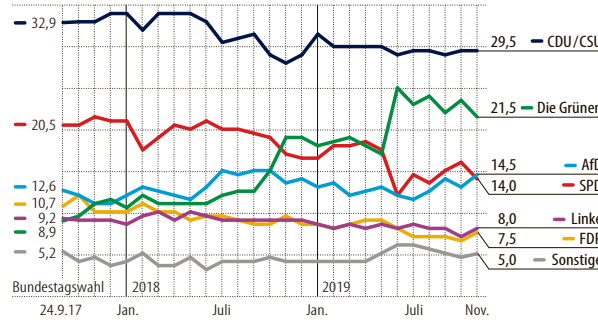
thien gelten jenseits der eigenen Partei vor allem den gewohnten Partnern. So benennen zwei Drittel der Anhänger der Unionsparteien SPD oder FDP als die Partei, die ihnen neben der eigenen Partei am nächsten steht. Umgekehrt ist für annähernd zwei Drittel der Grünen die SPD oder die Linke die Partei, der sie sich neben ihrer favorisierten Partei am meisten verbunden fühlen. Bemerkenswerterweise liegen beide gleichauf: Ein Drittel der Anhänger der Grünen setzt die SPD auf den zweiten Rang ihrer Parteisympathien, ebenso viele die Linke. Nur 18 Prozent der Grünen setzen dagegen die CDU/CSU auf den zweiten Rang ihrer Parteisympathien, umgekehrt 24 Prozent der Anhänger der CDU/CSU die Grünen. Angesichts dieser Präferenzen kann nicht überraschen, dass der Mehrheit der Anhänger der Grünen ein Linksbündnis mit SPD und Linken attraktiver erscheint als eine Koalition mit der Union. Das hätte auch Konsequenzen für ein mögliches schwarz-grünes Bündnis; die Unionsparteien wären abnormals mit einem Partner konfrontiert, der Teile seiner Basis mit diesem Bündnis „versöhnen“ müsste. Trotzdem muss die CDU/CSU auf diese Konstellation hoffen, wenn sie weiter regieren will. Eine Fortführung der großen Koalition nach einer neuen Bundestagswahl ist zurzeit genauso wenig vorstellbar wie eine Neuaufgabe der Koalition mit der FDP. Die hat durch den bewussten Verzicht auf ihre Machtoption am Beginn dieser Legislaturperiode gravierend an Rückhalt verloren und anders als die Grünen auch nicht von der Schwäche der Regierungsparteien profitiert – im Gegenteil. Sie liegt zurzeit mit 7,5 Prozent weit unter ihrem Ergebnis bei der letzten Bundestagswahl, während die Grünen Chancen hätten, ihr damals erzieltes Ergebnis mehr als zu verdoppeln.

Aktuell könnte nur eine Konstellation, in der weder Schwarz-Grün noch ein Linksbündnis eine Mehrheit hätten, der FDP wieder eine Machtoption eröffnen. Sie kämpft jedoch seit ihrem Ausstieg aus den Jamaika-Verhandlungen mit Zweifeln an ihrer Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Während die Mehrheit überzeugt ist, dass die Grünen gerne regieren möchten, glauben das in Bezug auf die FDP gerade einmal 32 Prozent. Die Liberalen gelten zwar als geschlossen; der Wunsch, in der Regierung die Zukunft des Landes mitzugestalten, wird ihnen jedoch von der großen Mehrheit nicht zugeschrieben. Der FDP werden auch kaum Zukunftskompetenz, überzeugende Konzepte für die Gestaltung der Zukunft des Landes zugeschrieben. Zwar sieht knapp die Hälfte der Bevölkerung auf diesem Feld zurzeit Defizite bei allen Parteien; noch am ehesten wird den Unionsparteien und den Grünen zugetraut, dass sie überzeugende Konzepte entwickeln. Das Vertrauen in die Zukunftskompetenz der Unionsparteien ist jedoch heute weitaus geringer als in der letzten Legislaturperiode, als noch gut 30 Prozent der Bürger überzeugt waren, dass sie die besten Konzepte hätten. Jetzt glauben das noch 17 Prozent; genauso viele trauen den Grünen die besten Ideen und Konzepte für die Gestaltung der Zukunft zu, gegenüber der letzten Legislaturperiode fast eine Verdopplung.

Gleichauf liegen CDU/CSU und Grüne zurzeit auch bei den weiten Potentialen – dem Anteil der wahlberechtigten Bevölkerung, für den die Wahl dieser Parteien grundsätzlich in Frage kommt. Jeweils 34 Prozent sind offen für eine Unterstützung der Unionsparteien und der Grünen. Die SPD hat ein weites Potential von 22 Prozent, FDP, Linke und AfD von jeweils 15 Prozent. Nur die AfD schöpft ihre weiten Potentiale weitgehend aus; wer für die Wahl dieser Partei offen ist, wählt sie in der Regel auch. Allen anderen Parteien gelingt es weniger, ihre weiten Potentiale auszuschöpfen. Sowohl die weiten Potentiale wie die konkreten Wahlabsichten für die nächste Bundestagswahl signalisieren jedoch, dass die Konstellation nach der nächsten Wahl keineswegs so sicher ist, wie viele glauben. Schwarz-Grün liegt zurzeit zwar vorne, aber schon eine Verschiebung um wenige Prozentpunkte würde genügen, um den Grünen andere Optionen zu eröffnen.

Die Stärke der Parteien

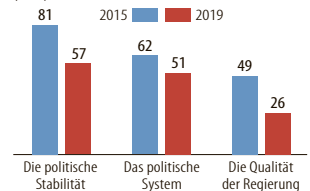
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



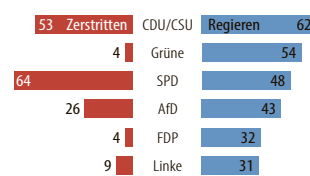
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; jüngste Umfrage: 2. bis 13. November, 1298 Befragte. Gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Walter

Das Vertrauen in Staat und Regierung

Was ist Ihrer Meinung nach eine Stärke Deutschlands? (in %)

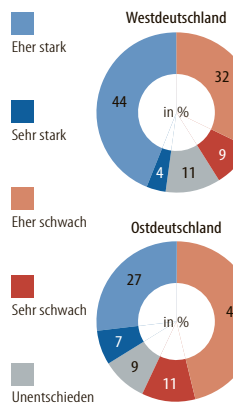


Welche Partei möchte gerne Regierungsverantwortung übernehmen und welche ist zerstritten? (in %)



Differenz zu 100 Prozent: Unentschieden, keine Angaben.

Haben wir in Deutschland einen starken, handlungsfähigen Staat oder eher einen schwachen Staat?



Quelle: Institut für Demoskopie für Allensbach/F.A.Z.-Grafik Walter